



## **BVE-Stellungnahme**

### **Analyse und Bewertung bestehender Steuern und Abgaben in der Lebensmittelproduktion und Ernährungswirtschaft sowie der direkten und indirekten Subventionstatbestände und deren Lenkungswirkung im Rahmen der Energiewende**

1. Die Deutsche Ernährungsindustrie ist mit rund 608.000 Beschäftigten in ca. 6.100 Betrieben der viertgrößte Industriezweig. Es handelt sich um eine KMU-geprägte Branche; über 90 % der Unternehmen sind klein und mittelständig. Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige von 2008 (WZ 2008) wird die Ernährungsindustrie in 10 Gruppen mit insgesamt 32 Klassen unterteilt. Daraus resultiert eine hohe Komplexität und Heterogenität der Branche, auch im Hinblick auf den Energieeinsatz und die CO<sub>2</sub>-Vermeidungspotentiale.

Die Branche befindet sich zudem in einem intensiven internationalen Wettbewerb, dieser wird zum einen durch eine Exportquote in Höhe von rund 33% belegt. Darüber hinaus konkurrieren die Unternehmen auf dem Inlandsmarkt mit Importprodukten ausländischer Hersteller.

Aufgrund der hohen Strompreise in Deutschland, die vor allem durch Stromsteuer und Umlagen sowie Abgaben bedingt werden, profitieren ausländische Konkurrenten in der Regel von weitaus geringeren Energiekosten pro Produktionseinheit, wodurch Wettbewerbsnachteile für die deutschen Nahrungsmittelhersteller entstehen.

Bundesvereinigung  
der Deutschen  
Ernährungsindustrie e.V.

Claire-Waldoff-Straße 7  
D-10117 Berlin

Tel. +49 30 200 786-0  
Fax +49 30 200 786-299

[bve@bve-online.de](mailto:bve@bve-online.de)  
[www.bve-online.de](http://www.bve-online.de)

2. Die Ernährungsindustrie unterstützt das Ziel der Bundesregierung, die Energieversorgung von Deutschland umweltverträglicher zu gestalten, indem Energie effizienter genutzt und zunehmend erneuerbare Energien eingesetzt werden. Dabei sollte die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau gewährleistet sein. Außerdem ist Kosteneffizienz eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Energie für alle bezahlbar bleibt. Zentrale Orientierung der deutschen Energiepolitik ist und bleibt das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit.

Angesichts der geographischen Lage Deutschlands und seiner engen Einbindung in den europäischen Energiebinnenmarkt sollte die Energiewende in Deutschland so gestaltet sein, dass sie europäisch eingebettet ist.

Die Lösung ist ein intelligenter Instrumente-Mix: Preissteuerung kann immer nur ein Instrument in einem aufeinander abgestimmten Politik-Mix darstellen. Die Hemmnisse sind vielfältig; folglich muss das Politikinstrumentarium entsprechend vielfältig sein. Dabei können preisliche Anreize über eine CO<sub>2</sub>-Abgabe, Steueranreize und gesetzliche Mindeststandards Kerntreiber sein. Diese müssen jedoch um Instrumente ergänzt werden, die die Marktakteure in die Lage versetzen, wirtschaftliche Energieeffizienz- bzw. CO<sub>2</sub>-Vermeidungsmaßnahmen auch umzusetzen. Gerade bei den vielen kleinteiligen Energieeffizienzmaßnahmen werden Förderprogramme, Steueranreize und gesetzliche Mindeststandards daher weiterhin unabdingbar sein.

3. Es gibt zahlreiche Tatbestände, die sich sowohl belastend als auch entlastend auf die Ernährungsindustrie auswirken. Die heterogene Struktur der Branche steht verallgemeinernden Aussagen und Bewertungen entgegen. Dies bedeutet, dass nicht alle dieser Tatbestände gleichermaßen für alle Unternehmen der Branche einschlägig sind.

Hinsichtlich der relevanten Tatbestände wird auf die als Anlage beigefügte Aufstellung verwiesen (Anlage).



Bundesvereinigung  
der Deutschen  
Ernährungsindustrie e.V.

Claire-Waldoff-Straße 7  
D-10117 Berlin

Tel. +49 30 200 786-0  
Fax +49 30 200 786-299

[bve@bve-online.de](mailto:bve@bve-online.de)  
[www.bve-online.de](http://www.bve-online.de)

4. Der gegenwärtige energiepolitische Status hat dazu geführt, dass die deutsche Ernährungsindustrie durch den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) und die Energiewende mit einer belastenden Kostenentwicklung konfrontiert wird. Darüber hinaus sind die Regelungen des EU-ETS und der Energiewende in Deutschland nicht hinreichend miteinander abgestimmt. Daraus leiten sich aus Sicht der Ernährungsindustrie folgende Erfordernisse ab:
- Die Politik muss adäquat berücksichtigen, dass die Ernährungsindustrie aufgrund der hohen Strompreise in Deutschland einen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten hat – sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch den Exportmärkten.
  - Es dürfen deshalb keine zusätzlichen Belastungen eingeführt werden, denen internationale Wettbewerber nicht ausgesetzt sind.
  - Entlastungstatbestände, wie z. B. die Besondere Ausgleichsregelung für stromkostenintensive Unternehmen (§ 64 EEG), müssen allen Industriebranchen zugänglich bleiben. In entsprechender Weise ist es erforderlich, an dem „Öko-Steuer-Spitzenausgleich“ (§ 10 StromStG und § 55 EnergieStG) der sich in der Vergangenheit bewährt hat, festzuhalten.
  - Durch eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) sollte die Förderfähigkeit der Strom-Eigenversorgung branchenweit und ausbalanciert ermöglicht werden, ohne dass maßgebliche Betroffene ausgeschlossen werden (vgl. neben anderen Restriktionen für die Eigenversorgung im KWKG u. a. die mittelstandsschädliche Begrenzung auf > 50 MW elektrisch für Modernisierungen von Dampfsammelschienenschaltungen, wie sie durch das Energiesammelgesetz eingeführt wurden) oder damit belastende Rechtsfolgen einhergehen.



Bundesvereinigung  
der Deutschen  
Ernährungsindustrie e.V.

Claire-Waldoff-Straße 7  
D-10117 Berlin

Tel. +49 30 200 786-0  
Fax +49 30 200 786-299

[bve@bve-online.de](mailto:bve@bve-online.de)  
[www.bve-online.de](http://www.bve-online.de)

- Die wettbewerblichen Ausschreibungen für Energieeffizienzmaßnahmen zur Beseitigung nicht-finanzieller Hemmnisse sollten ausgeweitet und vereinfacht werden.
- Für Energieeffizienzmaßnahmen in Gebäuden sollten attraktive Steueranreize vorgesehen werden, wie z. B. Abzugsmöglichkeit von der Steuerschuld und beschleunigte Abschreibungen.
- Förderprogramme sollten auch die Durchführung von investiven Maßnahmen mit höheren Vermeidungskosten (umfassende Sanierungen, Industrieprozesse) im Fokus haben.
- Nutzung der Digitalisierung für attraktivere, weniger bürokratischere und wirkungsvollere politische Rahmenbedingungen und Angebote.
- Beseitigung von Barrieren für den Energiedienstleistungsmarkt.

Berlin, den 30.07.2019



Bundesvereinigung  
der Deutschen  
Ernährungsindustrie e.V.

Claire-Waldoff-Straße 7  
D-10117 Berlin

Tel. +49 30 200 786-0  
Fax +49 30 200 786-299

[bve@bve-online.de](mailto:bve@bve-online.de)  
[www.bve-online.de](http://www.bve-online.de)

Die BVE ist der wirtschaftspolitische Spitzenverband der deutschen Ernährungsindustrie. Seit ihrer Gründung 1949 vertritt sie erfolgreich die branchenübergreifenden Interessen der Branche gegenüber Politik, Verwaltung, Medien, Öffentlichkeit und Marktpartnern.

In der BVE haben sich über Fachverbände und Unternehmen alle wichtigen Branchen der Ernährungsindustrie – von den alkoholfreien Getränken über Fleisch und Süßwaren bis hin zum Zucker – zusammengeschlossen.



Bundesvereinigung  
der Deutschen  
Ernährungsindustrie e.V.

Claire-Waldoff-Straße 7  
D-10117 Berlin

Tel. +49 30 200 786-0  
Fax +49 30 200 786-299

[bve@bve-online.de](mailto:bve@bve-online.de)  
[www.bve-online.de](http://www.bve-online.de)